

ABENDVERANSTALTUNG im Rahmen der  
Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

**HYBRID**  
Online-Teilnahme möglich



FREITAG  
**28. April 2023** 18:00 h  
Vereinigte Ev. Gemeinde  
Bremen-Neustadt  
Gemeindezentrum Zion  
Kornstraße 31 • Bremen

Unsere Sicherheit  
Ukraine, Russland, Europa  
geht nur **GEMEINSAM**  
in einer **MULTIPOLAREN** Welt

# Tagungsmappe

## Inhalt:

- aktuelles Programm
- Selbstdarstellung Koop-Frieden
- Selbstdarstellung Bremer Friedensforum
- Manuskript Birgit Mahnkopf
- The Corbynproject
- Aufruf: Christ\*innen sagen Nein zu Waffenlieferungen und Aufrüstung

[www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de)

# Programm

## Liebe Friedensfreund:innen,

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die anderen Kriege auf der Welt, die Klimakatastrophe, der die Menschheit unterliegt, die ungerechte Einkommensverteilung und hemmungslose Ausbeutung der Ressourcen fordern die Friedensbewegung heraus.

Bei dieser Strategiekonferenz soll zur Sprache kommen, wie sich die internationale politische Struktur und die Sicherheitsarchitektur verschiebt. Dieses Ringen um eine neue Weltordnung friedlich zu gestalten, nicht mit Aufrüstung und Krieg zu reagieren, ist unser Ziel. Kooperation, Abrüstung und Internationales Recht helfen, eine Weltgemeinschaft zu bilden, die sich gegenseitig unterstützt, die Interessen des anderen sieht und auf Vertrauen baut.

Zur Strategiekonferenz 2023 der Kooperation für den Frieden laden wir Euch herzlich ein!

Barbara Heller, Ekkehard Lentz, Marlies Hundt  
(Bremer Friedensforum)

Reiner Braun, Renate Wanie, Philipp Ingenleuf,

Jens-Peter Steffen, Wiltrud Rösch-Metzler, Kristian Golla  
(Kooperation für den Frieden)

i. A. der Kooperation für den Frieden

## Freitag, 28. April 2023

### 18.00 Uhr **Begrüßung**

**Ekkehard Lentz**, Bremer Friedensforum und  
**Wiltrud Rösch-Metzler**, Kooperation für den Frieden

### **Eröffnungsvorträge** (mit Übersetzung)

#### **Zwei Menschheitsherausforderungen – Klima und Krieg**

**Birgit Mahnkopf**, Professorin für Europäische  
Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft  
und Recht, Berlin

**Jeremy Corbyn**, britischer Labour-Abgeordneter, Mitglied  
der parlamentarischen Versammlung des Europarates,  
Vizepräsident der Kampagne für nukleare Abrüstung,  
Labour-Vorsitzender 2015–2020 (online-Zuschaltung)

Moderation: Wiltrud Rösch-Metzler

### 20.00 Uhr **Playbacktheater**

**für Frieden und Völkerverständigung:**  
**„Frieden ist kein Bahnhof, in dem man aussteigt.  
Frieden ist ein Zug, in den man einsteigt.“**

Playbacktheater ist besonders geeignet den Dialog  
unterschiedlicher, sich widersprechender, scheinbar  
unversöhnlicher politischer Erfahrungen und Meinungen  
sichtbar und erlebbar zu machen. Die Zuschauer:innen  
erleben eine Kooperation von Spielerinnen aus Moskau,  
der Ukraine und Deutschland.

## Samstag, 29. April 2023

### 10.00 Uhr **Begrüßung**

**Marlies Hundt**, Bremer Friedensforum

### **Vorträge : Die Alternative zu Krieg ist Kooperation**

**Ist die Politik der gemeinsamen Sicherheit angesichts  
des Ukrainekrieges noch realistisch?**

**Joseph Gerson**, Präsident der Campaign for Peace,  
Disarmament and Common Security und Vize-Präsident  
des International Peace Bureau  
Moderation: Reiner Braun

### **Welche Rolle spielt China international?**

**Jürgen Kurz**, arbeitet und lebt in Shanghai,  
Gründungsmitglied der Grünen, online-Zuschaltung  
Moderation: Jens-Peter Steffen

11.30 Uhr Pause

### 12.00 Uhr **Arbeitsgruppen**

Einführung: Renate Wanie

» **Gemeinsame Sicherheitspolitik auch mit  
und für die Ukraine**

Koordination: Reiner Braun

» **Klima – Umwelt – Gerechtigkeit**

Koordination: Barbara Heller,

Input: Bernhard Trautvetter

» **Atomwaffen – weltweit**

Koordination: Jens-Peter Steffen

Input: Elisabeth Saar, ICAN

» **Aktuelle Herausforderungen für den Frieden  
aus Sicht von Friedensbewegten**

Koordination: Andreas Grünwald, Hamburger Forum;

Sean Conner, IPB, Berlin

» **Europäische Aufrüstung**

Koordination: Renate Wanie,

Input: Andrea Kolling, Bremen, ENAAT und GKKE

13.30 Uhr Mittagspause

### 14.30 Uhr **Bericht aus den Arbeitsgruppen**

Moderation: Renate Wanie

### 15.00 Uhr **Schlussplenum „Mut zum Engagement“**

**„Was tun“ Handlungs- und Aktionsperspektiven  
für die Friedensbewegung**

Kirche: **Pfr. Susanne Büttner**, Schwäbisch Gmünd,  
Dekanin und Initiative Christ\*innen sagen Nein zu  
Waffenlieferungen und Aufrüstung

Soziales: **Christoph Butterwege**, Köln,  
Politikprofessor und Armutsforscher

Friedensbewegung: **Reiner Braun**, Berlin, International  
peace bureau und Kooperation für den Frieden

Klima: **Anton Merlin Geburek**, Mannheim,  
fridays for future

Politik: **Joachim Schuster**, Bremen, MdEP, SPD,

Mitglied im Wirtschaftsausschuss und stellvertretendes

Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung

Moderation: Claudia Hartwich, Bremer Friedensforum

**Schlusswort:** Jens-Peter Steffen

16.30 Uhr Veranstaltungsende



# Kooperation für den Frieden

## **Die Kooperation für den Frieden - Selbstdarstellung**

Als ein Netzwerk der deutschen Friedensbewegung haben wir viele Berührungspunkte mit anderen sozialen Bewegungen. Aktuell auch mit der Klimagerechtigkeitsbewegung sowie international.

Die deutsche Friedensbewegung steht für eine inhaltliche und organisatorische Breite. Verschiedene thematische Zugänge tragen dazu bei, friedenspolitische Forderungen in viele gesellschaftliche Bereiche einzubringen. Dabei können inhaltliche Übereinstimmungen und gemeinsame Ziele eine produktive Zusammenarbeit ermöglichen.

Kampagnen und Großaktionen haben in der Regel dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie von mehreren Organisationen gemeinsam oder zumindest gleichzeitig durchgeführt werden.

Die in der Kooperation für den Frieden zusammengeschlossenen Gruppen und Organisationen entwickeln in einem gleichberechtigten Dialog politische Stellungnahmen. Auf deren Grundlage unterstützen wir gemeinsame Aktionen sowie Kampagnen, die auf eine gewaltfreie Veränderung der Gewaltzustände hinwirken. Wir setzen uns ein für eine aktive Friedensbewegung, die langfristig und strategisch denkt, Widerstand entwickelt und international verbunden handelt.

## **Mitwirkende**

Mitwirkende der Kooperation für den Frieden können Organisationen, Netzwerke und Initiativen werden, nicht aber Parteien und Einzelpersonen.

## **Arbeitsweise**

Für die kontinuierliche Arbeit trifft sich alle zwei Monate der Kooperationsrat, bestehend aus Delegierten der verschiedenen Mitgliedsorganisationen. Seine Entscheidungsfindung erfolgt im Konsens. Zur Vorbereitung und Durchführung von Aktionen können Arbeitsgruppen eingerichtet werden.

In der jährlichen Vollversammlung wählen die Mitwirkenden die Mitglieder des Kooperationsrates und entscheiden die Aufnahme neuer Mitglieder, wenn diese die Grundsatzerklärung akzeptieren. Zudem werden bis zu fünf Sprecher\*innen bestimmt. Diese vertreten die Empfehlungen und Beschlüsse nach außen. Auch sie entscheiden im Konsens. Einmal im Jahr findet eine thematische Strategiekonferenz statt.

Inhaltliche Debatten führen wir auf realen oder hybriden Treffen und in den Mail-Listen. Letztere nutzen die Mitglieder auch, um über ihre Stellungnahmen und Aktivitäten zu informieren.

### **Finanzierung**

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wird von der Vollversammlung beschlossen. Die durch die Mitarbeit entstehenden Kosten trägt jedes Mitglied selbst. Für konkrete Aktionen wird ein eigener Finanzplan und eine für die Verwaltung der Finanzen verantwortliche Organisation bestimmt.

### **Grundsatzklärung**

Krieg ist alltägliche Realität für Millionen von Menschen. Durchschnittlich 40 Kriege und unzählige bewaffnete Konflikte bedrohen sie in ihrer Existenz und hindern sie an einem menschenwürdigen Leben.

Krieg und Gewalt bilden einen Teufelskreis mit den anderen Bedrohungen, unter denen Menschen leiden: Globale Ungerechtigkeit, Armut, Umweltzerstörung und Verschwendung von Rohstoffen.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Erklärung, schließen uns in Deutschland zur Kooperation für den Frieden zusammen, um dazu beizutragen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Wir treten dafür ein,

- dass kriegerische Gewalt als Mittel der Politik geächtet wird und stattdessen Methoden und Strategien der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung ausgebaut, aber keinesfalls in militärische Konzepte eingebunden werden,
- dass das Völkerrecht als einzig legitimes Instrument zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte gestärkt und weiterentwickelt wird,
- dass umfassend abgerüstet wird,
- dass Kriegsursachen und -folgen, wie Armut, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung entschlossen bekämpft werden,
- dass Menschenrechte und Demokratie weltweit mit gewaltfreien Mitteln erstritten und verteidigt werden.

Für diese Grundsätze werden wir gewaltfrei und energisch eintreten. Jede Initiative, Gruppe und Organisation, die sich diesen Grundsätzen anschließen will, laden wir ein zur Mitarbeit in unserer Kooperation.

### **Kooperation für den Frieden, 18.2.2022**

Mitwirkende der Kooperation für den Frieden

A Aachener Friedenspreis e.V. (AFP), Aktionsbündnis Freiheit statt Angst e.V.; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden; B Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow; BIOFFENE HEIDe; Bremer Aktion für Kinder (BAKI); Bremer Friedensforum; Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi); Bund für Soziale

Verteidigung (BSV); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); C Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW); D Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); E Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK); Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensausschüsse; F Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden; Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF) e.V.; Frauen in Schwarz Hamburg; Frauen in Schwarz Köln; Frauennetzwerk für den Frieden e.V.; Friedensbündnis Braunschweig; Friedensfestival Berlin; Friedensforum Münster; Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.; Friedensgruppe Altenholz; Friedensinitiative Nottuln e.V.; Friedensrat Müllheim; Friedenszentrum Leipzig; G Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand; H Heidelberger Friedensratschlag; I IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms); IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity); Impuls-Afghanistan e.V., Ravensburg; Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim; Initiative Musiker/innen gegen Militärmusikkorps; IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung; Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit; Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig (VB); K Keine Waffen vom Bodensee; Komitee für Grundrechte und Demokratie; Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt; L Lebenshaus Schwäbische Alb; Leserinitiative Publik e.V.; M Mönchengladbacher Friedensforum; N NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“; Netzwerk Friedenskooperative; Netzwerk Friedenssteuer; Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen; O Ökumenische Initiative zur Abschaffung der Militärseelsorge; Ökumenisches Netz Württemberg; Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin; P Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF); pax christi/Deutsche Sektion; R Rüstungsinformations Büro (RIBe.V.); Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell; S Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide; U Ulmer Ärzteinitiative; V Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVNBdA); W Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden; Stand Dezember 2021

### **Kontakt:**

Kooperation für den Frieden, Mackestr. 30 · 53119 Bonn, Tel. 02 28.69 29 04 · Fax 02 28.69 29 06, [info@koop-frieden.de](mailto:info@koop-frieden.de), [www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de)

### **Spenden:**

Für die Durchführung dieser Konferenz bitten wir um Spenden während der Tagung oder per Überweisung an den Förderverein Frieden e.V.

Förderverein Frieden e.V.: IBAN DE62 4306 0967 4041 8604 01

BIC: GENODEM1GLS bei der GLS-Bank

# Bremer Friedensforum - Selbstdarstellung

## Wir über uns

Das Bremer Friedensforum wurde 1983 in der Auseinandersetzung um den so genannten Nachrüstungsbeschluss der NATO gegründet. Es gab zahlreiche Vorläufer-Organisationen wie „Bremer für Abrüstung“, „Initiative zum Antikriegstag“, „Initiativkreis „Beendet das Wettrüsten“ etc.

Allein in Bremen unterzeichneten über 100.000 Bürgerinnen und Bürger den Krefelder Appell gegen die Stationierung neuer Atomraketen. Weitere Schwerpunkte waren in den 80er Jahren der Widerstand gegen das SDI-Programm (Krieg der Sterne) und der Einsatz für die Beendigung der Atomtests. Das Bremer Friedensforum organisierte Anfang der 1990er Jahre die Proteste gegen den Golfkrieg in Bremen und engagiert sich bis heute gegen die Wandlung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in eine weltweite Eingreiftruppe.

Nach dem Kriegseinsatz gegen Jugoslawien gab Deutschland mit der Teilnahme an dem so genannten "Anti-Terror-Krieg" der USA nach dem 11. September 2001 die militärische Zurückhaltung endgültig auf. Das Bremer Friedensforum möchte die Angst zahlreicher Bürger vor der Gewöhnung an den Krieg, vor seiner Ausweitung und den Einstieg in eine weltweite, unkontrollierbare Gewaltspirale aufgreifen. *(aus der Selbstdarstellung von 2001)*

Regelmäßige Aktivitäten des Bremer Friedensforums, wie Ostermärsche, Mahnwachen zu den Jahrestagen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, Antikriegstags-Veranstaltungen, aktuelle Themenabende und Unterschriftensammlungen, werden auf den monatlichen Treffen beraten und vorbereitet. Die Bildung von neuen Arbeitsgruppen und Gesprächskreisen ist möglich, so dass auch Neueinsteiger:innen das Einleben erleichtert wird. Seit über 40 Jahren findet jeden Donnerstag in der Zeit von 17 bis 18 Uhr die Mahnwache für Frieden und Abrüstung in der Bremer Innenstadt statt.

Das Bremer Friedensforum versteht sich als Bürgerinitiative und als Teil der weltweiten Friedensbewegung und ist von Parteien und Organisationen unabhängig. Mit anderen Gruppen in Bremen und im Bund wird zusammengearbeitet.

Das Bremer Friedensforum arbeitet auf ehrenamtlicher Basis und lebt von Spenden. Dem vierköpfigen Sprecher:innenkreis gehören derzeit an: Eva Böller, Hartmut Drewes, Barbara Heller und Ekkehard Lentz.

## Zum Selbstverständnis Bremer Friedensforum

Das Bremer Friedensforum ist vor 40 Jahren von Antifaschisten und Widerstandskämpfern gegen das Naziregime wie Maria Krüger, Willy Hundertmark, Horst Hackenbroich und Willy Meyer-Buer mitbegründet worden. Auch in ihrer Tradition stehen wir heute. Das Bremer Friedensforum wird sich niemals mit Rechtsradikalen und Faschisten gemein machen.

Im Bremer Friedensforum gibt es weder eine einheitliche Haltung zu Israel noch zu Russland, noch zu China. Es gibt keine Veröffentlichungen des Bremer Friedensforums, die Position zu Russland oder China oder Israel insgesamt beziehen.

Es gibt allerdings Stellungnahmen, die das Feindbild Russland und die Aufrüstung gegen Russland (lange vor dem 24. Februar 2022) kritisieren, die in Erinnerung an die deutschen Verbrechen gegenüber den Völkern der Sowjetunion partnerschaftliche Beziehungen zu Russland und ein Ende der Sanktionen fordern. Aus der – hierzulande weitgehend unterdrückten – Erinnerung an den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und ihre Völker haben wir eine besondere Verantwortung im Umgang mit Russland.

Das Bremer Friedensforum kritisiert auch die feindliche Haltung der westlichen Regierungen gegenüber China. Wir kritisieren die militärische Aufrüstung im südchinesischen Meer. Was hat die Bundeswehr dort zu suchen?

Und das Bremer Friedensforum hat mehrfach die Besatzungspolitik Israels und die Verstöße gegen das Völkerrecht durch die fast täglichen Bombardierungen seiner Nachbarländer kritisiert. Israel ist auch ein Staat mit Atomwaffen. Das Bremer Friedensforum wirbt auch für den Nahen und Mittleren Osten für die Idee einer atomwaffenfreien Zone und einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Dem Bremer Friedensforum verbunden sind sicherlich auch engagierte Menschen, die dezidiertere Positionen vertreten, ohne allerdings damit das Bremer Friedensforum zu repräsentieren.

Die Aktionen und Veröffentlichungen des Bremer Friedensforums richten sich in aller Regel gegen die Politik der Bundesregierung. Wir verurteilen z.B. die Sanktionspolitik der Bundesregierung, z.B. gegen Russland und Syrien, wir verurteilen die Unterstützung der Bundesregierung für Putschisten, Bsp. Venezuela, wir verurteilen das Schweigen zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen wie im Falle Israels, wir verurteilen die Rüstungsexporte an kriegsführende Länder wie an Saudi-Arabien.

In aller Regel ist unser Adressat die bundesdeutsche Politik. Wir wollen, dass sich die Politik der Bundesrepublik Deutschland völkerrechtskonform verhält und dem Frieden dient. Wir lehnen Feindbilder, Drohkulissen und Sanktionen ab. Wir setzen uns für Völkerfreundschaft und internationale Solidarität ein. Und lokale Forderungen richten wir an den Bremer Senat. Die Überwindung des Rüstungsstandorts Bremen bleibt für uns ein Dauerthema. (*Ekkehard Lentz 2023*)

#### **Kontakt:**

Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Tel.: 0421/3961892 / 0173-4194320, eMail: [info@bremerfriedensforum.de](mailto:info@bremerfriedensforum.de)

<https://www.bremerfriedensforum.de>

<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

[https://www.instagram.com/bremer\\_friedensforum](https://www.instagram.com/bremer_friedensforum)

# Kooperation für den Frieden



Birgit Mahnkopf

**Einleitungsvortrag zur Tagung „Unsere Sicherheit geht nur gemeinsam. Ukraine, Russland, Europa in einer multipolaren Welt“**

**Bremen 28. April 2023**

**„Zwei Menschheitsherausforderungen: Klima und Krieg“**

Die Leitthese meines Vortrags lautet schlicht und erschreckend: DER KRIEG GEGEN DEN PLANETEN GEHT IN SEINE LETZTE RUNDE!

Wiederholte „Klimagipfel“ der Staatengemeinschaft waren darauf ausgerichtet, ihn zu beenden, bevor er das Ende unzähliger Leben (von Menschen, Tieren und Pflanzen) auf diesem Planeten auslösen wird. Um dieses Ziel auf eine leicht verständliche und vergleichsweise leicht zu messende Größe zu bringen, sollte durch eine Vielzahl von Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass die globale Durchschnittstemperatur bis 2030 auf keinen Fall um mehr als 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau ansteigt. Doch dem letzten Bericht des IPCC zufolge wird es in 8 Jahren bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen mit Sicherheit keinen „peak“ geben; sie werden weiter ansteigen. In Europa sind die Durchschnittstemperaturen (laut EU-Erdbeobachtungsprogramm „Copernicus“) in den vergangenen 5 Jahren sogar schon um 2,2°C angestiegen und nichts spricht dafür, dass der fatale Trend zu einer lebensvernichtenden „Heißzeit“ in naher Zukunft gestoppt würde.

Diese Tagung wird sich v.a. mit einem „heißen Krieg“ befassen, nämlich mit den militärischen Auseinandersetzungen, die Russland mit seiner Invasion der Ukraine ausgelöst hat. Vielleicht werden aber auch die anderen derzeit ausgefochtenen heißen Kriege an anderen Orten der Welt zur Sprache kommen. Vermutlich wird aber weniger von den vielen Bürgerkriegen in der sogenannten „Nicht-OECD-Welt“ die Rede sein, die in Europa stets deutlich geringere Aufmerksamkeit finden als militärische Interventionen in den Souveränitätsraum anderer Staaten. Gleichwohl geht es auch in Bürgerkriegen zumeist darum, ökonomische und militärische Macht zu maximieren – etwa durch den privilegierten Zugang zu Ressourcen, durch die Kontrolle systemrelevanter Infrastrukturen, durch kulturelle und politische Machtausübung und nicht zu vergessen, durch die Etablierung von Monopolen und Quasi-Monopolen.

Weil die Arbeitsteilung für diese Einleitungsveranstaltung vorsieht, dass Jeremy Corbyn zu den „realen Kriegen“ als „Menschheitsherausforderung“ sprechen soll und ich zum „Klima“ als eine ebensolche Herausforderung, will ich mich mit knappen Hinweisen auf aktuelle Konflikte konzentrieren, die in der gegenwärtigen Debatte *auch* als „Kriege“ bezeichnet werden. Gemeinsam ist diesen „Kriegen“ in einem eher metaphorischen Sinn, dass sie den „Krieg gegen den Planeten“ beschleunigen und intensivieren.

Das gilt zuvorderst für den sogenannten „Gaskrieg“, der, wie es heißt, zwischen Russland und der EU ausgetragen wird, in dem aber die US die treibende Kraft und der bislang eindeutige „Gewinner“ sind. Denn das für die EU-Staaten lange Zeit sehr billige russische Pipeline-Gas wird seit letztem Jahr und auf unabsehbare Zeit nun durch sehr viel teureres und weitaus umweltschädlicheres Fracking-Gas insbesondere aus den USA ersetzt. Das bedingt den Auf- und Ausbau von ressourcenfressenden Infrastrukturen zur Verflüssigung, zum Transport und zur Wiedervergasung von Flüssiggas und bindet große finanzielle Mittel, die eigentlich für den massiven Ausbau von Wind- und Solarstrom benötigt würden.

Doch ist auch ein „Krieg um den Preis des Öls“ zwischen den USA und der OPEC+ im Gange und, damit verbunden, irgendwann womöglich auch ein „Krieg um den Dollar als Öl-Währung“ – wodurch zugleich seine Rolle als Weltwährung erschüttert werden könnte. Förderbeschränkungen, wie sie die OPEC+-Staaten während des Frühjahr 2023 nun schon zwei Mal beschlossen haben, sind für die US-Regierung nur so lange hinnehmbar, wie sie den Ölpreis in einer Höhe halten, der für die US-Wirtschaft verkraftbar ist. Daran ändern auch die riesigen Ölförderungsvorhaben in Alaska und im Golf von Mexiko nichts, die die Biden-Administration im laufenden Jahr bewilligt hat - denn es werden mindestens 10 Jahre vergehen, bevor auch nur eine zusätzliche Barrel Öl gefördert und diese zusätzlichen „Klimabomben“ gezündet werden können.

Nicht minder wichtig ist der sogenannte „Chip-Krieg“, den die USA mit ihrem „Chips and Science Act“ gegen China angestoßen haben. Dabei handelt es zugleich um eine Art von „Kriegserklärung“ an wichtige Industriezweige verbündeter Staaten (in der EU, an Japan, Süd-Korea, ja selbst an Taiwan und Indien). Doch v.a. sollen die gegen multilaterales Handelsrecht verstoßenden Sanktionen der USA diese in die Lage versetzen, China davon abzuhalten, seinen Vorsprung bei digitalen „dual use-Technologien“ (etwa bei der Entwicklung von cloud computing und bei der Anwendung von KI) zu verteidigen oder gar auszubauen. Angesichts des enormen Bedarfs an Energie, Wasser und sogenannten „kritischen Metallen“, die für diesen „Krieg“ benötigt werden, liegt es auf der Hand, dass auch dadurch der „Krieg gegen den Planeten“ intensiviert wird.

Im gleichen Kontext ist heute auch von einem „Subventionskrieg“ zu lesen, ausgelöst durch den US-amerikanischen „Inflation Reduction Act“ (IRA). Dieser soll sogenannte „clean technologies“ fördern und wird daher als US-amerikanische Variante eines „Green Deal“ beworben. Allerdings sind „clean technologies“ keineswegs identisch mit Technologien, die eine „sozial-ökologische Wende“ einleiten könnten. Denn bei den milliardenschweren Subventionen des IRA spielen das Fracking-Gas und die sogenannten „bio-fuels“ eine ganz zentrale Rolle. Daher ist damit zu rechnen, dass es zusätzlich zu der gesteigerten Förderung von Fracking-Gas durch die Subventionierung von sogenannten „Bio-Kraftstoffen“ zu einer Ausweitung der für Böden und Grundwasser schon jetzt desaströsen Massentierzucht in den US-Staaten südlich der Großen Seen kommen wird. Einmal ganz abgesehen davon, dass, so US-Präsident Biden in seiner Frühjahrsansprache „an die Nation“, solche als „sauber“ gekennzeichneten Technologien die Produktion von fossilen Energieträgern lediglich ergänzen und nicht etwa substituieren sollen.

Keiner dieser geopolitisch motivierten „Quasi-Kriege“ des letzten Jahres wird die Exploration, die Förderung und am Ende die Verbrennung fossiler Energieträger reduzieren helfen. Daher verwundert es nicht, dass Banken und große Investmentfonds, die u.a. die Sicherung der Pensionen von öffentlichen Beschäftigten in vielen Industrie- und Schwellenländern gewährleisten sollen, gegenwärtig massiv v.a. in fossile Energieträger investieren - und keineswegs in Technologien zur Erzeugung von erneuerbaren.

Alle diese sogenannten „Kriege“ und nicht allein die „heißen Kriege“, die gegenwärtig rund um die Welt ausgetragen werden, sorgen dafür, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter steigen. Dies hat einen simplen Grund: der moderne Industriekapitalismus war und bleibt nur als ein fossiler möglich.

Bei anderen bio-physischen Systeme des Planeten, v.a. beim dramatisch fortgeschrittenen Verlust von Biodiversität oder beim Phosphat-Stickstoffzyklus, sieht es bekanntlich noch düsterer aus als hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Eintragungen in die Atmosphäre. Dass in der erdgeschichtlich nur einem Wimpernschlag dauernden kurze Periode des modernen Industriekapitalismus 80 % der Biomasse aller natürlich vorkommender Säugetiere und 50% der Pflanzenbiomasse vernichtet wurden, ist eine gedanklich schwer nachvollziehbare Ungeheuerlichkeit.

Faktisch führt der laufenden „Krieg gegen den Planeten“ nicht allein zur Selbstvernichtung der menschlichen Spezies; er verengt zugleich, und das in dramatischem Umfang, die Möglichkeiten zukünftiger Evolution. Denn diese müsste auf der Basis von sehr viel weniger Arten erfolgen als es sie über Jahrtausende gegeben hat.

Die menschengemachte Klimakatastrophe, die tatsächlich die größte Herausforderung darstellt, mit der der moderne Mensch konfrontiert ist, und die Krise der Biodiversität bedingen und verstärken sich gegenseitig. Daher müssten mindestens 30 Prozent, besser aber ca. 50 Prozent der Land-, Süßwasser – und Ozeanflächen (nach Einschätzung einer aktuellen Studie im Fachmagazin „Science“) unter Schutz gestellt und/oder renaturiert werden. Doch davon sind wir noch weiter entfernt als von der überlebensnotwendigen Reduktion der CO<sub>2</sub>-Eintragungen in die Atmosphäre.

Ganz offensichtlich ist der moderne Mensch - wie der deutsche Sozialphilosoph Günther Anders dies einmal formuliert hat - prinzipiell zukunftsblind. Er kann sich die Zukunft nur als Verlängerung der Gegenwart vorstellen. Seine Angst, so Günther Anders, ist konzentriert auf den Verlust seines Arbeitsplatzes heute und wir können hinzufügen, auf den Verlust seines materiellen Vermögens, so er ein solches hat. Danach hat er vielleicht noch Angst vor dem Verlust seines Lebens morgen; doch fürchtet er eben nicht den Verlust der ganzen Welt am Tag danach. Blind vertraut er darauf, dass eine weitere technologische Revolution den Menschen aus den nun einmal gegebenen Grenzen allen Lebens auf Erden befreien wird - was selbstverständlich grober Unfug ist.

Kurzum, wir reduzieren die Lebensmöglichkeiten auf diesem Planeten bis weit in die kommenden Jahrtausende, ja Jahrtausende hinein – und halten es für unser „gutes Recht“ lediglich im Zeithorizont des eigenen Lebens zu denken und zu handeln. In diesem Sinne ist eine große Zahl der ErdenbürgerInnen tatsächlich aktiv in einen brutalen „Krieg gegen den Planeten“ beteiligt.

Doch leiden darunter am wenigstens diejenigen, die die größere Verantwortung für dieses Dilemma tragen und zugleich die meisten finanziellen und technischen Mittel hätten, für eine Umkehr zu sorgen. Eher setzen diese alles daran, zu verhindern, dass sich politische Entscheidungen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zuvorderst an einem „ökologischen Imperativ“ ausrichten. Eine solche Ausrichtung aller Politik würde verlangen, mit allen möglichen Mitteln - mit Recht und Gesetz, mit Eingriffen in die Eigentumsordnung, mit Rationierung von Energie, Wasser und vielen wichtigen nicht-energetischen Rohstoffen und ganz gewiss ohne den Einsatz militärischer Machtmittel und anderer Formen der „hard power“ – die je eigene (seien dies nationale oder klassenspezifische) Interessen einem „ökologischen Imperativ“ unterzuordnen.

Um Politik solchermaßen „vernünftig“ zu gestalten, müsste aber zuvorderst verstanden werden, dass der Moment der „Krisis“ tatsächlich der Moment der Entscheidung ist. Würde Krisis so verstanden, wäre spätestens jetzt der Moment, an dem sich die Menschen die Verantwortung für ihre Welt aufladen - für ihr eigenes

Schicksal, aber auch für das all der anderen Lebewesen, von deren Existenz sie selbst und all ihre Nachkommen abhängig sind. Wie es scheint, haben dies vor allem die jungen Aktivisten der „Letzten Generation“ verstanden. Die Mehrheitsgesellschaften aber entfernen sich von diesem Verständnis von Krise immer weiter.

Selbst wenn die sogenannten „Klimapläne“, die die Regierungen angekündigt haben, tatsächlich umgesetzt würden, würden wir im Jahr 2100 noch immer bei einer Durchschnittstemperatur von fast 3°C landen. Die „Klimabomben“, die perverser Weise seit der als „Zeitenwende“ deklarierten Invasion der Ukraine durch Russland nun als zusätzliche Vernichtungswaffen gebaut werden, dürften das Tempo der Erderwärmung stärker beschleunigen als der Zubau von Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energie die Entwicklung abbremsen kann.

Wir befinden uns gegenwärtig auf einem Pfad, der den in den letzten Jahren geborenen Kindern einen Planeten hinterlässt, der so heiß sein wird, wie er schon einmal war, vor 50 Mio. Jahren. Das war lange bevor der „homo sapiens“ begonnen hat, sich den Rest der Natur untertan zu machen und als vor 12 000 Jahren das für die menschliche Entwicklung so vorteilhafte „Holozän“ begann.

Bei einer globalen Durchschnittstemperatur von 3°C oder gar mehr werden große Teile der Welt schlicht unbewohnbar sein, denn dort herrschen dann Temperaturen von bis zu 6°C mehr. In den Tropen, in Küstengebieten, in den Polarregionen und im Hochgebirge aber sind die „Grenzen der Anpassungsfähigkeit“ bereits heute erreicht und daher steht, außer einer Migration, eigentlich keine Option mehr offen; von Fehlanpassungen einmal abgesehen.

Absehbar große Migrationsströme werden sich selbstverständlich nach Europa ausrichten - egal wie warm es auch in den nördlichen Breiten werden wird. Denn Europa ist der im monetären Sinne reichste Teil jener großen Landmasse, um deren Kontrolle imperiale Mächte seit 500 Jahren miteinander im Konflikt standen und stehen. In Zukunft wird Europa ganz gewiss nicht in der Lage sein, die gemeinsame Landmasse, auf der bald 80 Prozent der Weltbevölkerung leben und auf und in der sich viele der begehrten Rohstoffe befinden, zu beherrschen. Wohl aber müssen die europäischen Staaten damit rechnen, dass viele Menschen aus den von der Klimakatastrophe besonders hart betroffenen Regionen Südasiens, des Mittleren Ostens, des nördlichen Afrikas und der Sahelzone, Zuflucht dort suchen, wo ein Leben zumindest kurzfristig noch möglich scheint. Daher steht zu befürchten, dass bewaffnete Auseinandersetzungen um das Allernötigste an den Grenzen Europas, aber ebenso innerhalb seiner Mitgliedsstaaten die „neue Normalität“ bestimmen werden.

Das in der Hochphase der Globalisierung vor allem in der Europäischen Union gepriesene Prinzip der „menschlichen Sicherheit“, an das sich schon heute kaum eine/einer erinnert, dürfte dabei gänzlich in Vergessenheit geraten. Also bewaffnen sich die europäischen Staaten, ebenso wie ihre westlichen Verbündeten und ihre östlichen Herausforderer mit modernen digitalen Technologien: mit Algorithmen und Cloud Computing, mit SuperChips und noch schnelleren Telekommunikationsverbindungen und mit vielen Gerätschaften, die autonomes Fahren und Fliegen, aber auch das Töten aus großer räumlicher Distanz ermöglichen - brauchbar für den Einsatz im zivilen wie militärischen Bereich, zu Land, zur See, in der Luft und im Weltall.

Dafür geben die großen Industriestaaten, allen voran die USA, horrenden Summen aus, verpackt als Maßnahmen zur Herstellung „technologischer Souveränität“, dem materialen Gerüst für jedwede nationale und militärische Souveränität. Gleichzeitig verhallt der Ruf der von den Folgen der ökologischen Katastrophe schon heute schwer getroffenen armen Länder im Globalen Süden nach lächerlichen 100 Mrd. \$ pro Jahr für ihre Anpassung an den Klimawandel. Auch eine ebenfalls seit Jahrzehnten eingeklagte Streichung von Schulden der besonders armen Länder, die in der Folge des Sanktionsregimes, das die westlichen Staaten gegen Russland etabliert haben, seit einem Jahr wieder dramatisch ansteigen, findet nicht statt.

Nein, Geschichte wiederholt sich nicht. Doch ist daran zu erinnern, dass der moderne Industriekapitalismus nicht die erste Gesellschaftsformation wäre, die an mangelnder Resilienz zugrunde geht.

Auch das Römische Reich, das immerhin fast 1000 Jahre existierte – und nicht nur 250-300 Jahre wie der moderne Industriekapitalismus auf fossiler Basis – ist, wie der Althistoriker Kyle Harper („Fatum“) gezeigt hat, an mangelnder Resilienz gescheitert: Es war gewöhnt an erfolgreiche territoriale Expansion, an vorteilhaften Fernhandel und wachsendem Reichtum im Inneren des Reiches, in dem sich eine noch heute bewunderte Zivilisation entfalten konnte. Seine Bevölkerung wuchs beständig, dank einer vorzüglichen Nahrungsmittelversorgung, die sich ihrerseits einem klimatischen Optimum verdankte, das allerdings nur einige Jahrhunderte währte. Dazu kam ein riesiger militärischer Machtapparat und ein trotz aller Friktionen doch funktionsfähiges System der Verwaltung resp. der Steuereintreibung über extrem weite Distanzen hinweg.

Und doch erwies sich dieses Imperium – wie andere große menschliche Zivilisationen zuvor – als unfähig mit gleichzeitig auftretenden Krisen und Konflikten umzugehen: Eine damals nicht von Menschen gemachte ökologische Krise, die die Durchschnittstemperatur sinken ließ, und dazu drei aufeinander folgende Pandemien ließen die Nahrungsquellen schrumpfen und in deren Folge die

Bevölkerung des Reiches. Hinzu kamen innerimperiale Konflikte und unzureichende Reformen von Staat und Verwaltung, die die Stabilität des Imperiums im Inneren erschütterten – und dann zuletzt auch noch der Ansturm von anderen Völkern, von den Römern als „Barbaren“ bezeichnet, die vom Norden und Osten in das Reich einfielen.

Der Untergang des nach damaligem Weltverständnis nahezu globalen Römischen Reiches dauerte 140 Jahre, danach war es Geschichte - so wie andere große Reiche, vor allem in Asien ebenfalls – und für Europa begann das „dunkle Mittelalter“.

Auch der fossile Industriekapitalismus, der uns in einen „Krieg gegen den Planeten“ gezwungen hat, wird an ein Ende kommen - und mit ihm die Wirksamkeit jener „Zauberformel“, die seine bislang 250jährige Geschichte geprägt hat. Diese Formel lautet: Durch den Einsatz von vielen „Energiesklaven“, die aus fossilen Energieträgern geformt werden und die Energieproduktion von Menschen, Sonne, Wind und Wasser um ein Vielfaches übersteigen, lässt sich die Produktivität pro Hektar Erdoberfläche wiederholt steigern. Doch wie bereits Immanuel Kant festgestellt hat, handelt es sich bei der „Kugelfläche der Erde“ um einen begrenzten Raum. Daher sind wir heute allenthalben mit sogenannten „trade offs“ konfrontiert: mit der Nutzungskonkurrenz für definitiv begrenzte Flächen von Land und Meer. Diese lassen sich, klug gestaltet, vielleicht für zwei unterschiedliche Zwecke gleichzeitig nutzen, aber gewiss nicht für beliebig viele.

Wenn indes die Energieproduktion pro Hektar Landes auf dem Planeten nicht mehr gesteigert werden kann, so wird auch das für jede menschliche Entwicklung schädliche Existenzprinzip des modernen Industriekapitalismus auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen sein. Jenes Prinzip wonach der Markt mit seinem kruden Preismechanismus darüber entscheiden soll, was von menschlichen Gemeinschaften und deren Politik, auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene geregelt werden müsste und geregelt werden könnte.

Auch wenn derzeit fast nichts dafür spricht, dass ein Ende des Kapitalismus herbeigeführt wird, bevor die Erdsysteme wie Dominosteine kippen, sollten wir diesem System und nicht dem Planeten den Krieg erklären. Denn der Kapitalismus hat keine Zukunft. Er kollabiert freilich nicht von allein, sondern kommt nur zu einem Ende, wenn eine große Zahl von Menschen sich, wie Günther Anders dies formuliert hat, eine Zukunft vorzustellen kann, die nicht eine bloße Verlängerung der Gegenwart wäre.

Hoffen wir zusammen darauf, dass dies noch rechtzeitig gelingen möge.

*Birgit Mahnkopf ist Prof. i.R. für Europäische Gesellschaftspolitik, Institute für International Political Economy (IPE) an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)*

# Kooperation für den Frieden



## *17. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden, 28.-29. April in Bremen*

[thecorbynproject.com](http://thecorbynproject.com)

## Who we are

8–10 Minuten

---

The Peace and Justice Project brings people together for social and economic justice, peace and human rights in Britain and across the world and was founded by Jeremy Corbyn in 2021.

Since its launch, the Peace and Justice Project has grown local, national and international campaigns. We connect people, communities and organisations through events and discussions on vital issues such as climate action, new economics and refugee protection.

With more campaigns to be launched in future, the Peace and Justice Project will continue to work with labour and social movements and provide platforms to those campaigning towards a future that works for the many, not the few.

Our Directors are **Jeremy Corbyn MP** and **Pamela Fitzpatrick**.

## **Christ\*innen sagen Nein zu Waffenlieferungen und Aufrüstung Zum notwendigen Friedensbeitrag der Kirche für die Zukunft**

Wir sind entsetzt über die Opfer des Krieges in der Ukraine und verurteilen die russische Invasion. Sie ist ein Bruch des Völkerrechts. Das Morden muss aufhören. Wir fragen uns, was der Beitrag von Christ\*innen zum Aufbau von Frieden sein kann.

Der EKD-Friedensbeauftragte Bischof Friedrich Kramer spricht sich deutlich gegen Aufrüstung und gegen Waffenlieferungen aus. Wir unterstützen seine Position in unserer evangelischen Landeskirche Württemberg mit Nachdruck. Aus unserer Sicht war die Politik der Abrüstung der vergangenen Jahre kein Irrtum. Eine Welt ohne Waffen und Krieg muss das Ziel jeglicher christlicher Friedensethik bleiben.

Der Geist Jesu, der die Welt versöhnen und einen will, bewegt uns zu dieser Vision. Als Christ\*innen rufen wir, wie die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen<sup>1</sup> und die Bischöf\*innen in der EKD, zu Verhandlungen und Versöhnung auf.

Die Botschaft Jesu ist nicht mit einer Politik der Aufrüstung in Einklang zu bringen. Eine „Zeitenwende“ als politische Antwort auf den Ukrainekrieg, der einer von vielen Kriegen weltweit ist, weisen wir als einen in die Irre führenden Gedanken zurück. Für Christ\*innen ist Jesus Christus die Mitte und Wende der Zeit und aller Zukunft.

Jesu Botschaft redet nicht einer Politik der Waffen das Wort. Sie stärkt vielmehr die Leidenden, die Verfolgten und die Friedensstifter\*innen in ihrer Hoffnung:

*Selig sind, die da Leid tragen; denn sie sollen getröstet werden.*

*Selig sind die Sanftmütigen; denn sie werden das Erdreich besitzen. ...*

*Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen.*

*Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, denn ihrer ist das Himmelreich. Matthäus 5,3-5.9-10*

Wir bleiben nicht unschuldig. Die Angegriffenen rufen nach aktivem Beistand. Es ist jedoch unsere Aufgabe, sowohl die politisch Verantwortlichen in ihren Bemühungen um Frieden zu bestärken als auch Formen der Friedensarbeit weiterzuentwickeln. Es gibt bewährte und gut erforschte gewaltfreie Formen von Konfliktlösungen. Aufgabe der Kirchen ist es, diese zu fördern, der Militärlogik zu widersprechen und gemeinsam an einer Welt ohne Waffen zu arbeiten.

*„Ihr seid das Salz der Erde. Wenn nun das Salz nicht mehr salzt, womit soll man salzen? Es ist zu nichts mehr nütze, als dass man es wegschüttet und lässt es von den Leuten zertreten.“ Matthäus 5,13*

Die christlichen Kirchen haben in den vergangenen Jahrzehnten von der Botschaft des Evangeliums her für Abrüstung und alternative Sicherheitskonzepte geworben. Im Jahr 2017 wurde die „Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten“ verabschiedet. Die badische Landeskirche startete im Jahr 2019 das Konzept „Sicherheit neu denken“.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist eine umfassende Krise für jegliche Form europäischer Friedenspolitik. Gerade deshalb ist es im Sinne der Botschaft Jesu, wenn wir als Christ\*innen nicht der Logik und Ideologie des Krieges verfallen. Entgegen dem momentan herrschenden gesellschaftlichen Diskurs wollen wir weiter für Friedensbemühungen, gegen Waffenlieferungen und gegen Aufrüstung eintreten.

---

<sup>1</sup> ÖRK-Erklärung: "Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa"

## Zehn Punkte gegen den Krieg und seine Logik

1. Waffenlieferungen befeuern und verlängern einen grausamen Krieg. Er fordert Tausende von Opfern im Kriegsgebiet und hinterlässt traumatisierte Männer, Frauen und Kinder. Der Ukrainekrieg trägt die Gefahr atomarer Katastrophen und eines Weltkrieges in sich. Weltweite Folgen, wie Hungersnöte und noch unübersehbare Wirtschaftskrisen, fordern ungezählte Opfer auf lange Zeit.
2. Von Hochrüstung profitiert weltweit vor allem die Rüstungsindustrie und ihre Lobby in Form von Milliardengewinnen. Die 100 Milliarden „Sondervermögen“ im deutschen Haushalt sind Ressourcen, die in anderen Aufgabenfeldern fehlen werden, z. B. in der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Klimapolitik.
3. Soldat\*innen werden im Kriegsfall zu Held\*innen stilisiert, die für ihr Vaterland oder für andere Werte sterben. Das Recht zu desertieren und den Wehrdienst zu verweigern, ist in diesem Krieg auf beiden Seiten nicht gegeben, wie auch das uneingeschränkte Recht auf freie Meinungsäußerung.
4. Deutsche Außenpolitik muss auf dem Hintergrund europäischer Geschichte am Ziel einer Friedensordnung im „gemeinsamen Haus Europa“ festhalten. Die deutsche Wiedervereinigung verdankt sich dieser historischen Vision. Verhandlungsoptionen bleiben diplomatisch unabdingbar.
5. Das „Gut-Böse-Schema“ in Politik und Medien greift zu kurz. Putin ist nicht der alleinige „Böse“. Auch die Kriege im Irak und in Afghanistan waren nicht gut. Der Westen hatte Gorbatschow versprochen, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Das ist zu konstatieren.
6. Die sozialen Verwerfungen, die aus dem Krieg hervorgehen, sind ein nicht zu verantwortender Preis für die "Verteidigung des Westens und seiner Werte" in der Ukraine. Den Preis für diesen Krieg bezahlen die Kriegesopfer und auch die Armen in Deutschland, in Europa und in der Welt mit Armut, Not und Tod.
7. Die Menschheitsaufgabe einer Energiewende geht nicht zusammen mit einem heißen Krieg, der neben Menschen auch Ressourcen und Natur vernichtet. Auf unserem Kontinent ist die Energiewende auf lange Sicht nur gemeinsam mit Russland zu schaffen. Sie ist auch weltweit nur gemeinsam zu schaffen.
8. Der Abbruch kultureller, universitärer und auch wirtschaftlicher Beziehungen mit Russland ist auf Dauer für eine zukünftige Friedens- und Klimapolitik kontraproduktiv. Sanktionen müssen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden, wenn sie den Krieg nicht stoppen und mehr schaden als nutzen.
9. Die Diffamierung von Kriegsgegner\*innen und Pazifist\*innen durch Medien und Regierung ist undemokratisch. Kirche muss sich deutlicher an die Seite der Kriegsgegner\*innen stellen, auch wenn sie deren Positionen nicht teilt.
10. Das Gebot *Du sollst nicht töten* bleibt für uns unauflösbar. Daher setzen wir uns in unserer Kirche für gewaltfrei-aktive Methoden der Verteidigung ein, wie es sie in der Geschichte, auch in Osteuropa, vielfach schon gegeben hat. Wir fühlen uns nach wie vor der Erklärung der evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten verpflichtet.

*Meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt.* Johannes 14,27

Die Stellungnahme kann mitunterzeichnet werden bei [friedenspfarramt@elk-wue.de](mailto:friedenspfarramt@elk-wue.de)

## Unterzeichner\*innen

1. Evang. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden in Württemberg EAK
2. Ammermann, Christine PfarrerIn, StudienrätIn, Gaildorf
3. Ammermann, Thomas Pfarrer, JVA Schwäbisch Hall
4. Avakian, Dr. Sylvie PfarrerIn, Horb-Dettingen
5. Baisch, Christoph Dekan, Heilbronn
6. Beck, Thomas Pfarrer i.R., Gellmersbach
7. Bosler, Paul Pfarrer, Nürtingen, EAK
8. Brückner-Walter, Bärbel PfarrerIn i.R., Nürtingen
9. Bürkert-Engel, Dr. Barbara PfarrerIn
10. Büttner, Susanne DekanIn im Justizvollzug, Schwäbisch Gmünd
11. Burgmaier, Bernd Pfarrer, Eberstadt
12. Danner, Bärbel PfarrerIn in Mariaberg, Gammertingen
13. Dürr, Martin Pfarrer i.R., St. Johann-Würtingen
14. Edel, Dr. Susanne PfarrerIn, Kirchentellinsfurt
15. Fischer, Ines PfarrerIn, Asylpfarramt Prälatur Reutlingen, EAK
16. Gollsch, Dorothea PfarrerIn i.R., Vaihingen/ Enz
17. Häußler, Ralf Pfarrer, Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung ZEB
18. Hafner, Heidi PfarrerIn, Schafhausen, Mitglied der Landessynode
19. Hauff, Reinhard Pfarrer, Heiningen
20. Hofmann, Bernd Pfarrer, Rosenfeld, EAK
21. Keller, Michael Pfarrer, Horb
22. Kettinger, Iris Carina PfarrerIn, Heidenheim
23. Kleinknecht, Dr. Karl-Theodor Pfarrer i.R., Tübingen
24. Koch-Baisch, Bärbel PfarrerIn, Oberin Diakoniewerk Schwäbisch Hall
25. Kost, Stefan Pfarrer, Neckartenzlingen, Vorsitzender Pfarrervertretung
26. Moser, Dorothee Schuldekanin, Lenningen
27. Müller, Dr. Eberhard Forum Friedensethik Baden, EAK
28. Pahl, Maren PfarrerIn, Schalkstetten
29. Plümicke, Prof. Dr. Martin Mitglied der Landessynode, Reutlingen
30. Röser, Harald Pfarrer, Oberstudienrat, Heidenheim
31. Schaich, Ulrike PfarrerIn, Neckartailfingen-Altdorf
32. Schautt, Petra PfarrerIn, Bretzfeld-Waldbach
33. Schmid, Rainer Evang. Theologe und Religionslehrer, Ulm, EAK
34. Schneider, Beate PfarrerIn, Neckartenzlingen
35. Streib, Johannes Pfarrer i.R., Neuffen
36. Sumalvico, Eleonore PfarrerIn i.R., Tübingen
37. Trauthig, Claudia PfarrerIn, Zell u. Aichelberg
38. Trauthig, Johannes Zell u. Aichelberg
39. Vetter, Michael Pfarrer, Weinsberg
40. Vöhringer, Gerhard Pfarrer i.R., Tübingen
41. Walter, Michael Pfarrer i.R., Nürtingen
42. Weiss-Schautt, Christof Pfarrer in der Altenheimseelsorge, Öhringen
43. Wilhelm, Ursula PfarrerIn, Obersontheim
44. Wöhrle-Ziegler, Ingrid PfarrerIn in der Klinikseelsorge, Stuttgart
45. Wruck, Gunther Pfarrer, Biberach, Vorsitzender EAK
46. Ziegler, Ulrich Pfarrer, Waiblingen

## Quellen zur Stellungnahme

1. Zur Position des EKD-Friedensbeauftragten Bischof Friedrich Kramer EKMD  
[evangelische-friedensarbeit.de](http://evangelische-friedensarbeit.de)
2. Äußerungen der württembergischen und der badischen Landeskirche (2017/ 2019)  
[2017\\_02\\_10 OKR Erklärung Rüstungsexporte.indd](http://2017_02_10_OKR_Erklärung_Rüstungsexporte.indd); [www.sicherheitneudeken.de](http://www.sicherheitneudeken.de)
3. Zum Ansatz sozial-gewaltfreier Verteidigung  
<https://www.soziale-verteidigung.de/artikel/ziviler-widerstand-gegen-krieg-ukraine>